

ARGUMENTE

**Asyl &
Migration**



NRWJUSOS


**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**

Menschenrechte kennen keine Herkunft.

Argument: Geflüchtete Menschen haben ein Recht auf Schutz, egal woher sie kommen. Das Asylrecht ist kein Gnadenrecht, sondern ein Grundrecht, dem wir als Vertragspartner der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet sind. Gerade vor dem Hintergrund der Geschichte Deutschlands und Europas, bedarf dieses Recht besonderen Schutzes. Jeder Mensch, der*die vor Krieg, Verfolgung oder Hunger flieht, hat ein gesetzliches Recht auf ein faires Verfahren und tut nichts weiter, als dieses wahrzunehmen. NRW muss Schutzsuchende menschenwürdig aufnehmen – mit fairen Verfahren, möglichst dezentraler Unterbringung und Teilhabe am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben, und das von Anfang an.

263.000 ukrainische Geflüchtete und 108.000 Geflüchtete mit Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung leben 2025 in Nordrhein-Westfalen. Das sind lediglich 1,45% bzw. 0,6% der Bevölkerung NRWs (Quelle: MKJFGFI, Mediendienst Integration).

Mit diskriminierender Symbolpolitik, rassistischen Narrativen und Abschottungspolitik gelingt keine Integration.




Forderung: Wir fordern: Schluss mit diesem Abschiebewahn, stattdessen dezentrale Unterbringung, sichere Fluchtwege sowie einen schnelleren und flächendeckenden Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sowie zum Arbeitsmarkt.

Integration ist keine Einbahnstraße.

Argument: Gute Integration heißt, aufeinander zuzugehen und einander kennenzulernen. Die Kultur des jeweils anderen als Bereicherung wahrzunehmen. Vorurteile, gruppenbezogene Ausgrenzung oder Assimilationsdruck führen nicht zu mehr Integration, ganz im Gegenteil. Was integriert, ist Offenheit, Toleranz und Beteiligungsmöglichkeiten für alle Menschen.

Wer hier lebt, soll sich auch einbringen können und dürfen: im Sportverein, im Job, in der Schule oder auch im Betrieb oder Kulturverein. Das gelingt aber nur mit gleichen Chancen, einer ordentlich finanzierten, flächendeckenden Sprachförderung und einem klaren gesamtgesellschaftlichen Bekenntnis zu Vielfalt. In NRW hat jede vierte Person eine Einwanderungsgeschichte. Ihr Beitrag zum gesellschaftlichen Leben ist substanziell: Es gibt Millionen Beispiele hervorragend gelungener Integration. Und nur wenige negative Einzelfälle, wo die Herkunft als Erklärung herangezogen wird, obwohl sie keinerlei wissenschaftlich belegbare Rolle spielt. Integration ist bereits gelungen und wird auch weiterhin funktionieren, weil sich Millionen Menschen in Deutschland tagtäglich darum bemühen.




Forderung: Es braucht mehr Geld für Integrationsarbeit in den Kommunen. Außerdem müssen wir Antidiskriminierungsstellen und Integrationszentren stärken sowie auch die interkulturelle Öffnung in Behörden, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, aber auch von Kitas bis hin zu Universitäten.

Migration ist Teil unserer Gesellschaft – kein Problem, sondern Teil der Lösung.

Argument: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Über drei Millionen Menschen in NRW haben eine Einwanderungsgeschichte. Migration bereichert unsere Gesellschaft wirtschaftlich, kulturell und sozial.

Doch rechte Narrative machen aus Menschen Bedrohungen. Wir stellen uns dem entgegen: mit Fakten, Haltung und einem modernen Einwanderungsrecht, das es sowohl verfolgten Menschen als auch dringend gebrauchten Fachkräften ermöglicht, ohne lebensgefährliche Fluchtwege einzureisen.

Deutschland ist bereits ein Einwanderungsland und hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst dazu entschieden, Millionen von Menschen aufzunehmen, die das kriegszerstörte Land unter schlimmen Arbeitsbedingungen, widrigen Umständen und trotz rassistischer Anfeindungen mit aufgebaut haben.



Forderung: Wir fordern ein gerechtes Staatsangehörigkeitsrecht, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und ein Einwanderungsgesetz, das Chancen statt Hürden schafft. Es braucht darüber hinaus sichere Fluchtrouten nach Europa, denn Push- und Pull-Faktoren sind ein widerlegter Mythos.

ARGUMENTE

***Krieg &
Frieden***



NRWJUSOS


**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg.

Argument: Deutschland gibt 2025 über 60 Milliarden Euro für Rüstung aus, bald sollen es sogar mehr als hundert Milliarden werden – ohne das Sondervermögen. Während wir einerseits die Bundeswehr im Rahmen der Zeitenwende wieder besser ausstatten wollen, braucht es neben unseren Beitrag zum Verteidigungsbündnis auch immer Diplomatie und eine aktive Entwicklungspolitik.

Sicherheit bedeutet auch Zugang zu Ressourcen, stabile demokratische Verhältnisse und faire Handelsbedingungen, besonders mit dem globalen Süden. Militär allein schafft keinen nachhaltigen Frieden, vorhandene Konflikte und Ungerechtigkeiten müssen diplomatisch gelöst werden, bevor auch sie kriegerisch eskalieren.

Europa hatte nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund diplomatischer Bemühungen die längste von Frieden geprägte Phase in der Geschichte des Kontinents, und was einmal unter noch schwierigeren Bedingungen gelungen ist, kann uns heute auch wieder gelingen.



Forderung: Wir fordern: neben den Investitionen in Verteidigung auch einen Fokus auf Diplomatie, zivile Friedensdienste und Entwicklungszusammenarbeit.


Den Herausforderungen der Zeit kann nur mit europäischer Zusammenarbeit entgegnet werden, daher muss hier die Verantwortung auf alle Schultern verteilt werden.

Solidarität endet nicht an der Landesgrenze.

Argument: Wenn Demokratien angegriffen werden – wie in der Ukraine – ist Wegschauen oder Relativieren keine Option.

Waffenlieferungen dürfen nie das einzige Mittel der Wahl sein, sondern müssen eingebettet sein in diplomatische Strategien und ein humanitäres Gesamtkonzept, das langfristig einen gerechten Frieden zum Ziel hat. Fest steht jedoch für uns: In Fällen wie dem Angriffskrieg auf die Ukraine sind Waffenlieferungen notwendig. Unsere Solidarität mit der Ukraine steht.

Imperialistische Angriffskriege dürfen nicht hingenommen werden, sonst werden sie wieder zur Regel. Die fehlende Reaktion auf die Annexion der Krim war eine Einladung für Putin, weitere Teile der Ukraine anzugreifen. Ähnliche Entwicklungen dürfen nicht mehr hingenommen werden, diplomatische Schritte, Sanktionen aber auch Zusicherungen von Waffenlieferungen, nicht zu spät folgen. Gerade Taiwan, das von China bedroht wird, aber auch Georgien oder Moldawien brauchen den Schutz der internationalen Gemeinschaft.




Forderung: Ukraine verteidigt sich seit 2022 gegen einen Angriffskrieg. Wir unterstützen das Selbstverteidigungsrecht und Waffenlieferungen und fordern zugleich eine aktivere Friedensdiplomatie und einen stärkeren Fokus auf humanitäre Hilfe. Das ist kein Widerspruch.

Die Bundeswehr braucht klare Aufgaben – und klare Grenzen.

Argument: 2024 wurde ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr beschlossen. Nun reichen allerdings 2% des BIP nicht mehr aus, es werden stattdessen bis zu 5% anvisiert. Die Bundeswehr muss in ihrer Rolle als republikanische Parlamentsarmee und Verteidigerin der Demokratie gegen autoritäre Kräfte gestärkt werden. Wenn sie allerdings zu einem Raum für Rechtsextremismus, Korpsgeist und Militarismus wird, wird sie als hochgerüstete Truppe zum Teil des Problems statt der Lösung.

Die Bundeswehr darf kein globaler Interventionsapparat sein. Wir brauchen sie zur Landesverteidigung und im Bündnisrahmen, aber nicht für geopolitische Abenteuer. Gleichzeitig muss sie demokratisch kontrolliert bleiben, gut ausgestattet für ihren Auftrag und frei von rechtsextremer, verfassungsfeindlicher Ideologie sein. Dafür müssen Soldat*innen gut ausgerüstet und insgesamt unter guten Arbeitsbedingungen beschäftigt sein. Eine allgemeine Dienstpflicht, wie sie geplant ist, geht am eigentlichen Bedarf der Bundeswehr vorbei. Denn sie braucht besonders hochqualifizierte Fachkräfte in den technischen Bereichen. Dieser Bedarf kann nicht durch einen Zwangsdienst für Jugendliche gedeckt werden, der obendrein von einer breiten Mehrheit der Betroffenen abgelehnt wird.



Forderung: Wir sagen: mehr demokratisch-parlamentarische Kontrolle, kein Umbau zur Interventionsarmee und Schluss mit Werbemaßnahmen an Schulen und der Militarisierung der Jugend und Gesellschaft.

ARGUMENTE

Bildung



NRWJUSOS


**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**



Bildung muss von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei sein!

Argument: Gebührenfreie Bildung ist eine Frage von (sozialer) Gerechtigkeit. Wenn Bildung etwas kostet, profitieren vor allem diejenigen, die es sich leisten können. Benachteiligt wird, wer wenig Geld hat. Schon Kitagebühren wirken abschreckend auf Familien mit geringem Einkommen.

Studiengebühren führen nachweislich dazu, dass junge Menschen aus Arbeiter*innenfamilien seltener studieren, obwohl sie genauso fähig sind. Laut dem Deutschen Studierendenwerk geben rund 25 % der Nicht-Akademikerkinder an, dass finanzielle Gründe ein Hauptfaktor gegen ein Studium sind. Bildung soll und darf kein Privileg sein, sondern ist schlicht ein Grundrecht, besonders in einem so reichen Land wie unserem. Dass so viele junge Menschen ihren Bildungsweg nicht bis zum Ende durchgehen können, ist vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ein hausgemachtes Problem, das an den Grundfesten der deutschen Wirtschaft nagt.




Forderung: In NRW haben SPD und Jusos Studiengebühren abgeschafft. Wir kämpfen dafür, dass das so bleibt und weitergeht: kostenfreie Kitas, Schulen und Hochschulen. Der Bildungsaufstieg muss eine Frage der Fähigkeiten, Interessen und der Leistung sein, nicht eine des Geldbeutels der Eltern.

Digitale Ausstattung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

Argument: Digitale Bildung ist längst kein Luxus mehr, sondern Teil der Grundbildung. Trotzdem fehlt es an Laptops, WLAN, Smartboards oder digitalen Lernmaterialien. Gerade Schüler*innen aus weniger wohlhabenden Haushalten werden dadurch abgehängt.

Die Chancen im Leben hängen heute auch davon ab, wie digital du in der Schule lernst. Eine weitere Vertiefung der Bildungsgerechtigkeit darf einfach nicht sein! Ein privater Computer ist oft Voraussetzung dafür, in der Schule nicht den Anschluss zu verlieren und seine Hausaufgaben oder -arbeiten angemessen zu erledigen.

Der Laptop ist, was vor einigen Jahrzehnten noch das Heft war: er ist Grundlage für erfolgreiches Lernen und Arbeiten. Dabei haben laut dem D21-Digital-Index 2023 34 % der Haushalte mit geringem Einkommen keinen festen Computer für schulische Zwecke.




Forderung: Wir fordern: ein landesweites Geräteprogramm für Schüler*innen, stabile WLAN-Netze an Schulen und digitale Fortbildungen für Lehrer*innen. Das ist kein Luxus, sondern eine Voraussetzung für Bildung im digitalen Zeitalter, wo das deutsche Bildungssystem droht, den Anschluss zu verlieren.

Berufliche Bildung muss gestärkt und aufgewertet werden!

Argument: Wer eine Ausbildung macht, wird oft schlechter gestellt als Studierende: weniger Geld, kaum Wohnheime, selten Anerkennung. Dabei ist die berufliche Bildung essenziell für unsere Gesellschaft. Trotzdem sind viele Berufsschulen marode, bezahlbarer Wohnraum fehlt vor allem in Großstädten und von kostenloser Mobilität sind wir auch weit entfernt.

Azubis sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Die Bezüge reichen besonders in Großstädten nicht einmal zur Deckung der Mietkosten. All das führt dazu, dass fast jede*r dritte Azubi laut DGB die Ausbildung oft wegen schlechter Bedingungen abbricht. Vor dem Hintergrund eines grassierenden Fachkräftemangels, der die deutsche Wirtschaft in ihrer Existenz gefährdet, ist die systematische Vernachlässigung von Ausbildungsberufen eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft, nicht nur für die Betroffenen.



Forderung: Wir fordern ein NRW-Azubi-Wohnen-Programm, ein kostenloses Azubi-Ticket, eine Modernisierung der Berufsschulen und eine Weiterentwicklung der Ausbildungsplatzgarantie zu einem umlagefinanzierten Modell.

ARGUMENTE

***Klima &
Energie***




NRWJUSOS

**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**

Klimaschutz muss sozial gerecht sein.

Argument: Laut Umweltbundesamt verbrauchen die reichsten 10 % der Bevölkerung doppelt so viel CO₂ wie die unteren 50 %. Trotzdem treffen Preissteigerungen beim Strom oder Tanken vor allem Geringverdienende. Wer wenig verdient und verursacht, darf aber nicht die Hauptlast der Klimakrise tragen.

Klimaschutzmaßnahmen müssen so gestaltet sein, dass sie Menschen mit geringem Einkommen nicht überfordern. Gleichzeitig brauchen wir massive Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, in Energiesanierungen und in eine klimafreundliche Industriepolitik. Wir müssen “ökologisch” und “sozial” zusammendenken, weil eine breite gesellschaftliche Akzeptanz nur so möglich ist. Sonst droht der soziale Frieden in Zeiten der Transformation noch mehr Schaden zu nehmen. Letztlich sind es Menschen mit geringem Einkommen, die, obwohl sie unterdurchschnittlich wenig zum Klimawandel beitragen, die Hauptleidtragenden der Folgen sind und sein werden, wenn sich nichts ändert.




Forderung: Wir setzen uns für Klimageld sowie Förderungen ein, die nicht nur Reiche subventionieren, die sich E-Autos oder Wärmepumpen leisten können. Nur so kann eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung wiederhergestellt und eine gerechte Transformation durchgeführt werden.

NRW braucht einen massiven Ausbau des ÖPNV.

Argument: Wenn wir die Verkehrswende wollen, müssen Bus und Bahn zur besten Option von A nach B werden.

In NRW sind viele Strecken marode, Verbindungen unzuverlässig und Tickets oft zu teuer. Viele Landkreise haben keinen stündlichen Takt. Gerade dort fahren manche Busse, wenn überhaupt, nur alle paar Stunden oder wenige Male am Tag. Wer soll da auf das Auto verzichten können oder wollen?

Eine gute Alternative für alle heißt: höherer Takt, mehr Personal und mehr Investitionen in die Schiene. Da all das weitestgehend ausbleibt, ist der Anteil des Autoverkehrs am Individualverkehr in NRW bei über 60 %.




Forderung: Wir fordern: ein landesweites Schüler*innen-Ticket, Investitionen in Bahnlinien und mehr Busverbindungen auch auf dem Land.

Insgesamt muss ein Mix aus verschiedensten Ansätzen her, um klimaneutrale Mobilität ohne Nachteile zum motorisierten Individualverkehr zu ermöglichen: Sharing-Angebote, ein Ausbau der Radinfrastruktur, die Stärkung des Fußverkehrs und eine durchdachte Kombination von verschiedenen Fortbewegungsmitteln.

Die Wärmewende braucht Unterstützung, keine Verbote von oben.

Argument: 80 % der Heizenergie wird in NRW durch fossile Energieträger wie Gas und Öl erzeugt. Gleichzeitig sind energetische Sanierungen kaum möglich für Mieter*innen. Der Umstieg auf klimafreundliches Heizen ist richtig, aber nur umsetzbar, wenn er sozialverträglich ist. Viele Menschen fürchten sich vor explodierenden Heizkosten oder teuren Umrüstungen für unwirtschaftliche Immobilien. Deshalb braucht es Förderungen, einfache Regeln und effizienten Mieter*innenschutz.

Klimaschutz darf nicht das neue soziale Problem werden, als das es, durch gezielt gestreute Fakenews und das Versagen in der Kommunikation der Maßnahmen, von vielen gesehen wird.



Forderung: Wir fordern ein landeseigenes Förderprogramm für kommunale Wärmeplanung und klare Mietpreisbremsen bei (energetischen) Sanierungen.

ARGUMENTE

**Soziale
Gerechtigkeit**




NRWJUSOS

**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**

Der Mindestlohn muss armutsfest und existenzsichernd sein.

Argument: Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können, ohne Aufstocken, ohne Angst vor der Miete oder vor Rechnungen. Und auch eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben muss damit möglich sein. Der gesetzliche Mindestlohn ist das untere Limit für faire Arbeit. Die EU-Kommission empfiehlt 60 % des Medianlohns als Grenze für einen "Living Wage". Das wären in Deutschland über 14 Euro. Doch er liegt immer noch unter dem, was man braucht, um ein gutes Leben zu führen. Ein armutsfester Lohn muss deutlich über 14 Euro liegen.

Konstruierte Scheindebatten, die arbeitende gegen arbeitssuchende Menschen aufstacheln, legen die Axt an das soziale Miteinander an und dienen sicherlich auch nicht den Interessen unterbezahlter arbeitender Menschen.




Forderung: Wir fordern, dass die Arbeitnehmer*innen in der Mindestlohnkommission nicht einseitig durch die Arbeitgeber*innen überstimmt werden können, damit ein armutsfester Mindestlohn Realität wird. Horrorszenarien, dass die Einführung oder schrittweise Erhöhung des Mindestlohns der Wirtschaft schaden würden, sind nachweislich zu keinem Zeitpunkt in Deutschland oder in einem anderen europäischen Land eingetroffen.

Reiche müssen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Argument: Ob Bildung, Gesundheit oder Mobilität: Der Staat muss investieren, damit es allen besser geht. Doch die Vermögen in Deutschland sind ungleich verteilt. Wer viel hat, soll auch mehr beitragen und seinen fairen Anteil bezahlen. Eine gerechte Gesellschaft braucht eine gerechte Steuerpolitik – inklusive Vermögenssteuer und wirksamer Erbschaftssteuer. Die reichsten 10 % besitzen laut DIW mehr als 60 % des gesamten Vermögens.

Eine moderat ausgestaltete Vermögenssteuer ab 2 Mio. Euro könnte jährlich zweistellige Milliardenbeträge einbringen. Dass durch harte Arbeit verdientes Einkommen stärker besteuert wird als Kapitalerträge oder Erbschaften in Millionenhöhe, ist absolut ungerecht und Resultat einer Steuerpolitik, die für Reiche und auf Kosten der gering oder normal verdienenden Masse an Menschen gemacht wurde.




Forderung: Wir brauchen eine moderate Vermögenssteuer und eine Erbschaftssteuer, die Einführung einer Digitalsteuer für Großkonzerne wie Meta und eine deutliche Verschiebung von der Besteuerung von Arbeit hin zur Besteuerung von Kapital. Das Geld brauchen wir für die Modernisierung von Schulen, Krankenhäusern, der Infrastruktur und für die ÖPNV-Wende. Der Investitionsstau in Deutschland beläuft sich auf eine Summe von über 500 Milliarden Euro.

Kinderarmut muss konsequent bekämpft werden.

Argument: Rund 2,9 Mio. Kinder in Deutschland leben in Armut oder sind von sozialer Ausgrenzung durch Armut bedroht. Viele erhalten keine warme Mahlzeit am Tag oder können nicht einfach mal ins Schwimmbad oder ins Kino. Das ist eine Schande und Resultat politischer Entscheidungen. Jedes fünfte Kind in NRW lebt in Armut oder ist armutsgefährdet. Das ist ein Skandal in einem der reichsten Länder der Erde. Kinder können nichts für ihre Herkunft. Armut grenzt aus, macht krank und verringert Bildungschancen.

Das erschwert oder zerstört im schlimmsten Fall nicht nur ganze Biografien von Menschen, sondern schadet auch der gesamten Gesellschaft. Wir brauchen echte Umverteilung, kostenlose Teilhabe und eine Kindergrundsicherung, die diesen Namen verdient.



Forderung: Wir fordern: kostenlose Schulmahlzeiten sowie Bildungsangebote, Kultur- und Sportangebote und eine echte Kindergrundsicherung.

ARGUMENTE

**Wohnen &
Finanzen**




NRWJUSOS

**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**

Wohnen darf kein Luxus sein – es ist Grundrecht.

Argument: Die Mieten in NRW steigen seit Jahren. Gerade in Städten wird es für junge Menschen, Azubis oder Familien fast unmöglich, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wohnraum darf aber keine Ware sein, sondern muss ein Grundrecht bleiben. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau, eine effektive Mietpreisbremse und insgesamt mehr öffentlichen Einfluss und staatliches Handeln.

Der Traum vom Eigenheim, z.B. als Absicherung für das Alter, ist für die junge Generation von heute genau das: ein Traum. Immobilienpreise und Zinsen sind so hoch, dass sie nur noch für einen kleinen Teil der Bevölkerung leistbar sind. In Städten wie Köln zahlt man inzwischen im Schnitt über 13€/m², in „guten“ Stadtteilen auch gerne das Doppelte, was für viele unbezahlbar ist. Gleichzeitig gehen jedes Jahr tausende Sozialwohnungen verloren und hunderttausende Wohnungen stehen landesweit – auch aus Spekulationsgründen – leer.




Forderung: Wir fordern: 100.000 neue Sozialwohnungen in NRW bis 2030 und eine echte Mietpreisbremse mit Sanktionen für Verstöße. Die NRW Bank schätzt den Bedarf bis 2029 auf mindestens 42.000 neue Wohnungen. Darüber hinaus brauchen wir eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, die besonders Sozialwohnungen errichtet und zu einer Beruhigung des Mietmarktes beiträgt.

Kommunaler Wohnungsbau braucht Rückendeckung vom Land.

Argument: Private Investoren bauen oft am Bedarf vorbei, das heißt zu teuer, nicht nachhaltig und nicht an der Nachfrage aus der Bevölkerung, sondern an Profitmaximierung orientiert. Öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften müssen deshalb massiv gestärkt werden. Sie garantieren bezahlbaren, sicheren und sozialen Wohnraum für viele.

Es funktioniert nämlich: In Wien wird über 60% des Wohnraums öffentlich oder gemeinnützig verwaltet und das mit stabilen Mieten und hoher Qualität. Auch gerade deshalb gilt Wien als eine der lebenswertesten Städte der Welt.




Forderung: Die landeseigene Baugesellschaft NRWs, die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), die 2007 von Schwarz-Gelb an Goldman Sachs verkauft wurde, muss durch eine Neugründung ersetzt werden. Darüber hinaus braucht es einen effektiven Mietendeckel und Mietpreisbremsen.

Die Altschuldenlösung ist Voraussetzung für gesunde Kommunen.

Argument: Es braucht dafür keine Kommunalfinanzberichte oder Sondersendungen im Fernsehen: Dass viele Kommunen in NRW ihren grundlegendsten Aufgaben nicht mehr nachkommen können, sieht man vielerorts mit dem bloßen Auge. Viele Kommunen sind nicht mehr handlungsfähig, befinden sich in der Haushaltssicherung. Ein Altschuldenschnitt, der kommunale Gesellschaften, Wohnungsunternehmen und Eigenbetriebe umfasst, ist existenziell. Sonst drohen weitere Kommunen in den Ruin abzudriften und ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen zu können.

Das ist auch aus Sicht des Grundgesetzes ein Problem, denn der Staat ist verpflichtet, in allen Regionen Deutschlands gleichwertige Lebensbedingungen herzustellen. Geschlossene Schwimmbäder, Theater und Bibliotheken, Müllberge und verwahrloste Innenstädte in einigen Regionen, während andere Kommunen nicht wissen, was sie mit ihrem vielen Geld anstellen sollen, darf nicht zum Normalzustand werden.



Forderung: Es braucht einen kommunalen Altschuldenschnitt, der von Land und Bund gemeinsam getragen wird.

ARGUMENTE

**Arbeit &
Wirtschaft**



NRWJUSOS


**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**

Tarifbindung muss der Standard sein.

Argument: In NRW sind laut Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut (WSI) nur noch etwa 50 % der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen angestellt, vor 30 Jahren waren es weit über 80 %. Das ist ein aktiver Rückbau der sozialen Marktwirtschaft.

Nur mit Tarifverträgen sind faire Löhne, sichere Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung garantiert. Doch immer weniger Beschäftigte in NRW arbeiten unter Tarif, besonders junge Menschen, die in prekären Jobs oder bei Start-ups arbeiten. Das ist besorgniserregend – für die soziale Marktwirtschaft und für den sozialen Frieden in unserem Land.

Die Entwicklung der Löhne hat längst den Anschluss an die Verteuerung des Lebenshaltungskosten verloren. Das wird, sollte es nicht aufgehalten werden, den sozialen Frieden in unserem Land weiter untergraben.




Forderung: Wir fordern: Öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Betriebe vergeben, vereinfachte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Stärkung der DGB-Gewerkschaften.

Die Transformation muss sozialverträglich sein!

Argument: Der Umbau unserer Industrie ist nötig für den Klimaschutz, aber auch für wirtschaftliche Stärke. Doch Strukturwandel darf nicht Jobvernichtung, sondern muss Job-Turbo heißen.

Es braucht Investitionen, Weiterqualifizierung und Mitbestimmung, damit die Transformation gelingt und das mit Sicherheit und Akzeptanz statt Angst vor Jobverlust. CO₂-freier Stahl und Wasserstoff sind die Technologien der Zukunft, müssen gefördert und massiv ausgebaut werden, damit Deutschland als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig bleibt.

Hier haben andere Staaten bereits viel weitreichendere Schritte unternommen, Deutschland hängt weit hinterher und droht in Branchen den Anschluss zu verlieren, in denen es vormals Weltmarktführer war. Die deutsche Stahlindustrie steht vor dem Umstieg auf Wasserstoff. Ohne staatliche Unterstützung drohen Standortverluste in unserer Stahlindustrie, was nicht hinnehmbar ist.




Forderung: Wir fordern: Investitionshilfen für klimafreundliche Industrie, Tarifschutz bei Transformationen und einen NRW-Zukunftsfonds für sichere Arbeitsplätze statt Stellenabbau und sozialem Abstieg ganzer Regionen.

Gute Arbeit muss auch in der Plattformökonomie gelten.

Argument: Laut Deutschem Gewerkschaftsbund sind in der Plattformwirtschaft über 80 % der Beschäftigten ohne tarifliche Absicherung. Das sind Angestellte von Lieferdiensten, Paketbot*innen und Pflegekräfte. Viele arbeiten unter hohem Druck, ohne Tarifvertrag und mit wenig Schutz vor Kündigung und Ausbeutung. Gerade junge Menschen in Nebenjobs oder im Dienstleistungssektor sind betroffen.

Arbeit darf nicht krank machen oder ausbeuten, auch nicht in Jobs des digitalen Zeitalters. Lieferando, Uber uvm. sind trotz gegenteiliger Argumente völlig normale Betriebe und müssen flächendeckend als solche eingestuft werden, damit auch Betriebsräte überall entstehen können und Arbeitnehmer*innenrechte vollumfänglich gewahrt werden können.



Forderung: Wir fordern: gleichen Schutz für Plattformarbeit wie in normalen Betrieben, Mitbestimmung, faire Löhne und Kontrollmechanismen, die Missbrauch und Trickserien aufdecken und hart sanktionieren.

ARGUMENTE

***Feminismus &
Queerpolitik***



NRWJUSOS


**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**



Gleichstellung darf keine Geduldsfrage sein – sie muss jetzt kommen!

Argument: Der Gender Pay Gap lag 2023 in NRW bei rund 18 %. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt weniger, übernehmen mehr unbezahlte Arbeit und sind seltener in Führungspositionen. Weiblich dominierte Berufsfelder sind meist deutlich schlechter entlohnt als männlich dominierte. Frauen arbeiten viel öfter in atypischer Beschäftigung, in Teilzeit oder haben Erwerbsunterbrechung: All das in viele Fällen, weil sie unbezahlte Care-Arbeit leisten (52 % mehr als Männer).

Gleichstellung passiert nicht von selbst, sie braucht politischen Druck, Geschlechterquoten und einen Mentalitätswandel. Patriarchale Strukturen brechen wir nicht mit Symbolpolitik, sondern mit konkreten politischen Maßnahmen.




Forderung: Wir fordern: ein Entgelttransparenz, Paritätsgesetze, kostenlose Kinderbetreuung, die Abschaffung des Ehegattensplittings, eine KiTa-Pflicht und die Novellierung des Elterngeldes.

Queere Menschen verdienen Respekt, Schutz und Gleichberechtigung.

Argument: Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTQIA+-Personen sind immer noch Alltag, so auch in NRW. Laut einer Studie der Antidiskriminierungsstelle erlebten 30 % der queeren Jugendlichen Diskriminierung in der Schule. Straf- und Gewalttaten gegen die sexuelle Identität von Menschen hat im siebten Jahr in Folge zugenommen und sich seitdem fast versechsfacht. Mit 1770 Taten in 2024 ein Rekordwert in der bundesdeutschen Geschichte. Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung sind Grundvoraussetzungen für ein freies Leben. Schulen, Behörden und Unternehmen müssen queere Identitäten sichtbar machen.

Besonders rechtsextreme und konservative Kreise haben die queere Community zum Feindbild auserkoren, über Jahrzehnte erkämpfte Errungenschaften werden wieder in Frage gestellt und queere Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt.



Forderung: Wir fordern: Queere Bildungsarbeit, Schutz vor Hass und konsequente Bestrafung von Hassverbrechen sowie eine Landesstrategie für Vielfalt und Inklusion, die in allen Kommunen implementiert wird.

ARGUMENTE

**Demokratie &
Antifaschismus**




NRWJUSOS

**ALLES MUSS MAN
SELBER MACHEN**

Kein Fußbreit dem Faschismus Demokratie muss wehrhaft sein!

Argument: Rechte Hetze, Gewalt gegen Minderheiten und Andersdenkende sowie Demokratiefindlichkeit nehmen zu. In NRW wurden allein 2024 526 Fälle rechter Gewalt erfasst – von Brandanschlägen bis Tötungsdelikten. Ein Anstieg um fast 50 % zum Vorjahr und ein Rekordwert in der nordrhein-westfälischen Geschichte. Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie muss verteidigt werden mit Aufklärung, präventiven Maßnahmen und Konsequenzen für rechtsextreme Aktivitäten. Besonders junge Menschen müssen für demokratische Werte begeistert werden. Auf sie haben es rechtsextreme Kreise besonders abgesehen, vor allem auf junge Männer.

Die Demokratie muss im wahrsten Sinne wehrhaft sein, um den Verfall demokratischer Kultur aufzuhalten. Sonst drohen uns wieder autoritäre Zustände und Zeiten, die für überwunden gehalten wurden. Die Angriffe auf die Demokratie werden von innen und außen betrieben: Hier das rechtsextreme Netzwerk um die AfD und aus dem Ausland insbesondere der russische Faschismus, der nachweislich staatszersetzende Aktivitäten in Deutschland betreibt.




Forderung: Wir fordern: mehr Mittel für Demokratieförderung, stärkere Beobachtung extremistischer Gruppen und klare Kante gegen Rechtsextremismus. Der Kampf gegen den Faschismus muss ganz oben auf die Agenda, weil er unsere Existenzgrundlage als freiheitliche Demokratie gefährdet.

Politische Bildung ist der Schlüssel für eine stabile Demokratie.

Argument: Studien zeigen, dass gezielte politische Bildung das Vertrauen in demokratische Institutionen erhöht, wobei aktuell nur etwa 40 % der Jugendlichen sich ausreichend gehört fühlen. Nur wer Demokratie versteht, kann sie leben und notfalls verteidigen. Politische Bildung in Schulen, Jugendzentren und Vereinen muss gefördert werden, denn sie stärkt kritisches Denken, Zivilcourage und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Besonders Schwarz-Gelb und die Bildungsministerin Gebauer haben versucht das Fach Sozialwissenschaft durch "Wirtschaft/Politik" zu ersetzen – ein komplett ideologisch motiviertes Vorgehen.

Den aktuellen Gefahren, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie gefährden, kann nur mit einem ganzheitlichen Ansatz entgegengetreten werden: Demokratische Prozesse verstehen, konstruktiv und kritisch hinterfragen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung kennenlernen und einordnen können. Besonders junge Menschen brauchen mehr Räume und Möglichkeiten, Politik mitzugestalten, sei es in Parteien, zivilgesellschaftlichen Initiativen und politisch in den Kommunen.



Forderung: Wir fordern: mehr Angebote für politische Bildung in allen Bildungsinstitutionen, besser ausgebildete Lehrkräfte und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen, wie stärkere Jugendparlamente, und finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement.